

Urban Mangold, Mitglied im Aufsichtsrat der SWP

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Dupper

Antrag zum Strombezug der Stadtwerke Passau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

den Medien ist zu entnehmen, dass der Energieversorger E.ON, Vorlieferant unserer Stadtwerke, eine Schadensersatzklage plant, weil dem Konzern durch den früheren Atomausstieg Einnahmeausfälle drohen. E.ON-Manager Teysen hat der PNP vom 9. Juni 2011 zufolge erklärt, durch die Stilllegung der ältesten Reaktoren entstünden „außerordentliche Aufwendungen. ... Ohne finanziellen Ausgleich wäre das ein einseitiger Vermögenseingriff“.

Ich stelle daher folgenden Antrag und bitte Sie, diesen dem Stadtwerke-Aufsichtsrat zur nächsten Sitzung vorzulegen:

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Passau beauftragt die SWP-Geschäftsführung, keinen Strom von Vorlieferanten einzukaufen, die Schadensersatzansprüche aufgrund der aktuellen energiepolitischen Pläne der Bundesregierung zur Atomkraftnutzung einklagen bzw. einklagen wollen. Vor weiteren Vertragsabschlüssen bzw. Bestellungen der Stadtwerke ist eine entsprechende eindeutige Erklärung des Vorlieferanten einzuholen.

Begründung:

Jahrzehntlang haben die Atomkonzerne hohe Gewinne mit einer Technik erwirtschaftet, die mit Steuergeldern unterstützt wurde und nun noch viele weitere Jahre unser Land bedroht. Die Atomkonzerne dürfen ihre Reaktoren ohne ausreichenden Versicherungsschutz, also ohne Rücksicht auf die Eigentumsinteressen der Bevölkerung betreiben und überlassen auch die Entsorgung künftigen Generationen. Trotzdem verlangen sie nun nach weiteren staatlichen Vergütungen für entgangene Einnahmen durch eine frühere Stilllegung der Atomreaktoren.

Wenn einzelne Großkonzerne meinen, sie könnten weitere Steuergelder erzwingen, nur weil die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr bereit ist, das Risiko einer unverantwortlichen Atompolitik und einer radioaktiven Verstrahlung zu tragen, sollten sich die Stadtwerke als 100%-iges Tochterunternehmen der Stadt Passau mit den Bürgerinnen und Bürgern solidarisieren. Kommunale Energieversorger spielen bei der Energiewende und bei einer erneuerbaren dezentralen Energieversorgung eine besondere Rolle und könnten dies auch mit dem beantragten Vorgehen gegen die großen Stromkonzerne für die Öffentlichkeit sichtbar herausstellen.

Es ist empörend, dass die Strategen der Energiekonzerne Eigentumsverluste durch einen beschleunigten Atomausstieg geltend machen, obwohl von ihrem Handeln eine Gefahr für das gesamte Privatvermögen aller Bürger ausgeht – ohne dass dies haftungsrechtlich abgesichert ist.

Mit freundlichen Grüßen

Urban Mangold